



Nr. 38

3. November 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

dbb frauen

[Fachkräftegewinnung: Soziale Medien sind ein wichtiges Recruiting-Instrument](#)

dbb jugend

[Austausch mit jungen Grünen zum Fachkräftemangel in den Kommunen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

[Landesregierung muss Bildungskrise ernst nehmen](#)

Saarland

[Amtsangemessene Alimentation: Stellungnahme zum Gesetzentwurf](#)

Schleswig-Holstein

[Landesverwaltung: Beschäftigte vor sachwidriger Datennutzung geschützt](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Europäische Union soll Cannabis-Legalisierung stoppen](#)

Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG)

[Joachim Johannes ist neuer Bundesvorsitzender](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Investitionen in Kontrolleinheiten des Zolls notwendig](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Inflationsprämie für die Beschäftigten der Sozialversicherung gefordert](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[SWEG: Der Arbeitskampf wird härter](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb frauen

Fachkräftegewinnung: Soziale Medien sind ein wichtiges Recruiting-Instrument

Um gezielt qualifizierte Frauen für den öffentlichen Dienst zu begeistern, müssen sich die Verwaltungen stärker innovativen Recruiting-Methoden und moderner Arbeitsorganisation öffnen.

„Dem Staat fehlen fast 360.000 Mitarbeiter. Und wenn bald die Babyboomer in Pension gehen, wird die eh schon dünne Personaldecke in Bund, Ländern und Kommunen weitere Lächer bekommen. Um dem massiven Fachkräftemangel zu begegnen, müssen die Dienstgebenden und Personalabteilungen kreativ werden. Die Click-on-Demand-Mentalität setzt sich auch bei Bewerbungsverfahren mehr und mehr durch. Dieser Entwicklung müssen sich auch die Verwaltungen noch stärker öffnen. Auch und gerade bei der Suche nach weiblichen Führungskräften für den öffentlichen Dienst sehe ich viel ungenutztes Potenzial: zum einen in der gezielten Online-Ansprache und zum anderen in unkomplizierten digitalen Bewerbungsverfahren“, stellte dbb frauen Chefin Milanie Kreutz auf dem e-nrw Kongress des Behörden Spiegels im Fachforum „Personalgewinnung in Zeiten von TikTok und Instagram“ in Neuss am 3. November 2022 heraus.

Vor allem die sozialen Medien eigneten sich gut, um neue Personengruppen für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu begeistern – maßgeschneiderte Ansprechstrategien vorausgesetzt. „Social-Media-Plattformen sind der ideale Fachkräftemarktplatz: Hier tummeln sich potenzielle Bewerberinnen und Bewerber“, sagte Kreutz. Doch eine zeitgemäße Ansprache in den sozialen Medien allein sei nur einer von vielen überfälligen Schritten, um geeignetes Fachpersonal zu gewinnen. „Wenn

wir Digital Natives und vor allem qualifizierte Frauen im öffentlichen Dienst halten wollen – und das wollen wir unbedingt – müssen wir verstehen, welche Rahmenbedingungen ihnen bei der Arbeit wichtig sind“, so Kreutz.

Neben Technologieaffinität, diversen Führungsteams und flachen Hierarchien legten junge Frauen bei der Jobauswahl vor allem Wert auf attraktive Arbeitsaufgaben, eine gute Work-Life-Balance und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. „Junge Frauen kehren nicht ihren Behörden, sondern ihren Führungskräften den Rücken, wenn sie ihren Job verlassen. Der mit Abstand häufigste Grund, weshalb junge Frauen im Job unzufrieden sind, ist der Führungsstil ihrer Vorgesetzten. Zur erfolgreichen Personalgewinnung gehört deshalb auch eine sattelfeste Strategie zur Weiterentwicklung der Führungskompetenzen von Mitarbeitenden, insbesondere jener mit Leitungsverantwortung“, betonte Kreutz.

Auch die dienstlichen Beurteilungsverfahren müssen laut dbb frauen Chefin Kreutz in den Blick genommen werden und endlich diskriminierungsfrei sowie geschlechtergerecht gestaltet werden: „Nur so stellen wir sicher, dass Frauen im öffentlichen Dienst dieselben Aufstiegschancen wie Männer haben – und da ist eines der wichtigsten Argumente für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst.“

dbb jugend

Austausch mit jungen Grünen zum Fachkräftemangel in den Kommunen

Wie kann der Fachkräftemangel im kommunalen Bereich abgewendet werden? Darüber hat dbb jugend Chef Matthäus Fandrejewski mit der Bundestagsabgeordneten Karoline Otte (Grüne) gesprochen.

„Wir müssen jungen Menschen verdeutlichen, dass der öffentliche Dienst kein Synonym für langweilige Schreibtischarbeit ist. Es ist wichtig, die verschiedenen Berufszweige und ihre Vielfalt stärker herauszuheben. Dafür brauchen wir eine wirksame Recruiting-Kampagne“, erklärte Fandrejewski am 28. Oktober

2022 im Gespräch. Otte ist selbst Kommunalbeamtin und konnte die Forderung nachvollziehen. Sie sieht Handlungsbedarf gerade im kommunalen Bereich.

Fandrejewski stellte die dbb jugend Arbeitsgruppe „Moderner Staat“ vor. Insbesondere das Vorhaben, den öffentlichen Dienst fit für

die Zukunft zu machen, stieß bei Otte auf großes Interesse. Fandrejewski: „Es geht uns nicht nur um Durchlässigkeit, sondern auch um die Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Aufstiegsmöglichkeiten und natürlich die digitale Ausstattung.“ Gemeinsam vereinbarten sie, hierzu im Austausch zu bleiben.

Darüber hinaus machte Fandrejewski auf die prekäre Situation junger Menschen im Arbeitsleben aufmerksam. „Egal ob wir auf den extrem angespannten Wohnungsmarkt oder die explodierenden Lebensmittel- und Energiepreise schauen: Die aktuelle wirtschaftliche Lage, gerade von Auszubildenden, braucht mehr staatliche Unterstützung“, forderte der dbb jugend Chef. „Entlastungen per Gießkannenprinzip sind einfach keine Lösung.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

Landesregierung muss Bildungskrise ernst nehmen

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat die Landesregierung aufgefordert, die gegenwärtige Bildungskrise nicht länger schön zu reden, sondern umgehend zu handeln.

„Was wir jetzt brauchen, ist eine Einstellungsoffensive für alle Schularten und eine Werbekampagne für den Lehrerberuf“, sagte der BBW Vorsitzende Kai Rosenberger am 2. November 2022 in Stuttgart. Wenig hilfreich sei es hingegen, den Lehrkräften die Schuld für sinkende Schülerleistungen anzulasten, kommentierte Rosenberger die jüngsten Äußerungen von Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Kretschmann hatte als Ursache für sinkende Schülerleistungen nicht etwa fehlende Lehrkräfte, sondern schlechten Unterricht verantwortlich gemacht. Solche Äußerungen seien nicht nur unverantwortlich bei einem ausgewiesenen Fehlbestand an Lehrkräften schon zu Beginn des Schuljahres, sondern ein nicht entschuldigbarer Beleg für mangelnde Wertschätzung all der Lehrerinnen und Lehrer, die tagtäglich durch zusätzlichen Einsatz versuchten

den Lehrermangel an den Schulen zu überbrücken, erklärte Rosenberger.

Vor diesem Hintergrund mahnt der BBW-Vorsitzende die Landesregierung, die Bildungskrise ernst zu nehmen und wirkungsvoll gegenzusteuern. Mit Blick auf die kürzlich vom statistischen Landesamt veröffentlichten Vorausberechnungen der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten bis 2035, die tendenziell kräftig ansteigen, fordern der BBW eine Lehrgewinnungs- und Einstellungsoffensive an allen Schularten. „Wir müssen jetzt vorausschauend die Stellen schaffen, die wir in den nächsten Jahren angesichts steigender Schülerzahlen brauchen, damit wir rechtzeitig qualifizierte Lehrkräfte gewinnen können“, so Rosenberger. „Lehrerbashing“ gegen Lehrkräfte einzelner Schularten sei das Letzte, was in der derzeitigen Bildungskrise gebraucht werde.

Saarland

Amtsangemessene Alimentation: Stellungnahme zum Gesetzentwurf

Vor dem Hintergrund der einschlägigen höchstrichterlichen Urteile hat die Landesregierung die Besoldung überprüft und einen Gesetzesentwurf zur Reform auf den Weg gebracht. Der dbb saar bezweifelt jedoch, dass die geplanten Änderungen ausreichen.

In den beiden Beschlüssen vom 4. Mai 2020 zur Richterbesoldung des Landes Berlin und zur amtsangemessenen Alimentation von Beamten und Richtern mit mehr als zwei Kindern

in Nordrhein-Westfalen hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) seine deutliche Rechtsprechung von 2015 zum Inhalt und Mindestmaß der Alimentation als hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums fortgeführt

und die Alimentationsrechte der Richterinnen und Richter und der Beamtinnen und Beamten gestärkt.

Das BVerfG konkretisierte und verschärfte mit diesen Entscheidungen seine 2015 entwickelten Grundsätze und Verfahren zur Überprüfung der Amtsangemessenheit der Beamten- und Richterbesoldung, insbesondere hinsichtlich der Zusammensetzung des für die Ermittlung der Mindestalimentation maßgebenden sozialrechtlichen Existenzminimums. So muss der Abstand der untersten Besoldungsgruppen zum Grundsicherungsniveau der Sozialhilfe mindestens 15 Prozent betragen. Nach diesen Vorgaben des BVerfG hat auch die Landesregierung eine Überprüfung der saarländischen Besoldungssituation vorgenommen und einen entsprechenden Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht. Dabei sollen nachstehende Erhöhungsregelungen rückwirkend zum 1. Januar 2022 in Kraft treten:

Erhöhung der Grundgehälter in den ersten beiden Erfahrungsstufen der Besoldungstabelle und zwar in der ersten Erfahrungsstufe um 2,5 Prozent (A4 -A7) und in der zweiten Erfahrungsstufe um 1,25 Prozent (A4 – A10); Erhöhung des Familienzuschlags für das dritte und die weiteren Kinder ab dem 1. Januar 2022 auf jeweils 688,00 Euro sowie die Erhöhung der Familienzuschlagserhöhungsbeträge sowie Einbeziehung der Besoldungsgruppe A 6 in die Zuschlagsregelung: für das erste Kind (Stufe 2) in den Besoldungsgruppen A4, A5 und A6: 15,33 Euro, für die weiteren Kinder (ab Stufe 3) in Besoldungsgruppe A 4: jeweils 61,35

Euro, in Besoldungsgruppe A 5: jeweils 40,90 Euro, in Besoldungsgruppe A 6: jeweils 20,45 Euro. Die Familienzuschlagserhöhungsbeträge nehmen künftig an linearen Besoldungsanpassungen teil.

Der dbb Landeshauptvorstand hat in seiner Sitzung am 11. Oktober 2022 den Gesetzesentwurf sowie die Gesamtalimentation im Saarland beraten und eine entsprechende Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens gegenüber der Landesregierung abgegeben. dbb Landeschef Ewald Linn sagte: „Die schnelle Umsetzung der beiden Beschlüsse des BVerfG vom 4. Mai 2020 zur Grundsicherung und amtsangemessenen Alimentation für Beamte mit drei und mehr Kindern rückwirkend zum 1. Januar 2022 ist der richtige Weg und unterbindet weitere rechtliche Konflikte. Ob der von der Landesregierung gewählte Weg tatsächlich ausreichend ist, um den komplexen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu genügen, ist zu prüfen. Auf den ersten Blick scheint jedoch fraglich, ob angesichts der doch sehr hohen Inflation und der explodierenden Heizkosten die Grundsicherung angehoben werden muss und ob dann noch der von der Landesregierung berechnete Abstand zum Grundsicherungsniveau ausreichend ist beziehungsweise die angenommenen Zahlen zutreffen. Zudem ist der Gesetzesentwurf aus Sicht des dbb saar nicht ausreichend, um eine verfassungsgemäße Besoldung in allen Besoldungsstufen zur erreichen. Denn das resultierende Besoldungsdefizit im Haushaltsnotlage Land Saarland schleppt der öffentliche Dienst seit 2011 nach wie vor mit.“

Schleswig-Holstein

Landesverwaltung: Beschäftigte vor sachwidriger Datennutzung geschützt

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben mit dem Land Schleswig-Holstein eine Vereinbarung unterzeichnet, die die Beschäftigten vor sachwidriger Nutzung von Daten schützt, die im Zusammenhang mit Software-Lizenzen erhoben werden.

Unter anderem wurde klargestellt, dass die Daten nicht zur Leistungs- und Verhaltenskontrolle der Beschäftigten genutzt werden dürfen. Auch die Einhaltung der einschlägigen Datenschutzvorschriften ist gewährleistet.

Hintergrund der Vereinbarung ist die Erhebung der Nutzungspraxis von Software. Damit soll die vertragsgemäße und wirtschaftliche Nutzung von Software-Lizenzen gewährleistet

werden. Alle Beschäftigten, auf deren Arbeitsplatzrechnern oder mobilen IT-Geräten der sogenannte „Software-Agent“ installiert wird, werden im Vorfeld der Produktivsetzung des Verfahrens informiert.

Landesvorsitzender Kai Tellkamp, der die Vereinbarung im Namen des dbb sh unterzeichnet hat, erläuterte am 2. November 2022: „Wir begrüßen, dass das Land diesbezüglich auf Vertrauensbildung und Transparenz gegenüber

den Beschäftigten Wert legt. Mit der Vereinbarung auf der Grundlage von § 59 des Mitbestimmungsgesetzes wurde eine Rechtsquelle

geschaffen, die für das Land verbindlich ist und die den Beschäftigten die notwendige Sicherheit gewährleistet.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Europäische Union soll Cannabis-Legalisierung stoppen

Das vom Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach vorgelegte Eckpunktepapier zur Legalisierung von Cannabis in Deutschland stößt auf deutliche Kritik der DPoIG.

„Die Bundesregierung plant ein gefährliches und unverantwortliches Experiment mit der Gesundheit von Menschen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen“, so der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt, der nun auf die Europäische Kommission setzt, um dieses Projekt der Ampel-Regierung doch noch zu stoppen.

In Berlin erklärte Rainer Wendt am 28. Oktober 2022: „Das Eckpunktepapier der Regierung lässt entscheidende Fragen offen und löst keines der vorhandenen Probleme. Nirgends wird auch nur erwähnt, wer das eigentlich kontrollieren soll, etwa den künftig erlaubten Anbau von „drei weiblichen blühenden Pflanzen pro volljähriger Person“ oder den „Verkauf von Samen und Setzlingen“. Niemand glaubt ernsthaft, dass unsere kommunalen Behörden das leisten können oder die Polizei, die alle schon jetzt unter Personalnot ächzen. Mit anderen Worten: Das alles wird dem Wildwuchs der Kifferszene überlassen werden, in Wahrheit wird das niemand kontrollieren.“

Auch der Jugendschutz werde gleich zu Beginn auf die Kommunen abgewälzt, obwohl die Bundesregierung diesen angeblich zum zentralen Element ihrer Initiative erklärt habe. „Alle Angebote finden nur auf dem Papier oder im Internet statt, die Frage danach, wer eigentlich ‚Frühinterventionsangebote zur Konsumreflexion‘ schaffen wird, bleibt unbeantwortet. Die Folge wird sein, dass begüterte Erwachsene, die sich den Gang in die Apotheke und den Kauf von Cannabis mit Umsatzsteuer leisten können, sich dort eindecken. Unsere Kinder und Jugendlichen werden weiter zum Dealer in den Park geschickt, das ist unverantwortlich“, so Wendt. „Wir haben von Beginn an konstruktive Vorschläge gemacht, wie die derzeitige Situation verbessert werden könnte, etwa durch Überführung von Verstößen in Ordnungswidrigkeitenrecht, in Kombination mit Verwaltungsmaßnahmen zur Drogenprävention. Der jetzige Weg ist die Kapitulation von der Drogenmafia. Hoffen wir, dass Europarecht zur Anwendung kommen und die EU-Kommission diesen Irrweg stoppen wird.“

Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) Joachim Johannes ist neuer Bundesvorsitzender

Der DVG Bundeshauptvorstand hat am 28. Oktober 2022 einstimmig den 57-jährigen Joachim Johannes (DVG Saar) zum neuen Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft gewählt.

Johannes hat seit Jahrzehnten Erfahrungen in der Gewerkschafts- und Personalratsarbeit sammeln können. Bereits seit Juni 2021 gehörte er als stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender der Bundestarifkommission dem DVG Bundesvorstand an. „Wir haben im nächsten Jahr zwei sehr schwierige Einkommensrunde zu bewältigen. Die DVG wird hier aktiv beteiligt sein. Nur gemeinsam werden wir Erfolg haben können“, sagte Johannes nach seiner Wahl.

Der neue Bundesvorsitzende erläuterte zudem: „Ich werde sehr zeitnah den Dialog mit unseren Mitgliedsgewerkschaften suchen und damit den Dialogprozess fortsetzen. Im Gespräch werden wir die Themen für unsere gewerkschaftliche Tätigkeit gemeinschaftlich festlegen. Wir werden unsere themenbezogene Arbeit im Interesse aller DVG Mitglieder fortsetzen.“

Die Neubesetzung war nötig geworden, weil der bisherige Bundesvorsitzende Ulrich Stock

das Amt nach seiner Wahl zum dbb Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt zurückgegeben hatte. Er bleibt aber Landesvorsitzender der DVG Sachsen-Anhalt und gehört damit weiter dem Bundeshauptvorstand an. Ulrich Stock war ab Juni 2015 Bundesvorsitzender der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft.

Nach sieben erfolgreichen Jahren gibt er den Staffelstab weiter: „Ich habe mit viel Freude die Aufgabe wahrgenommen, bin mir aber sicher, dass mit meinem Nachfolger ein kompetenter und geeigneter Bundesvorsitzender gewählt worden ist.“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) Investitionen in Kontrolleinheiten des Zolls notwendig

Der BDZ hat den Umgang der Generalzolldirektion mit den Kontrolleinheiten des Zoll gerügt. Dort habe man versäumt, für Personalzuwachs zu sorgen und verteile nun die verfügbaren Stellen nach „in Eigenregie ermittelten“ Bedarfen.

„Die Gesamtressource bleibt dabei selbstverständlich unverändert – denn warum sollte sich die Anzahl der Einsatzkräfte auch ändern, wenn man es verwaltungsseitig jahrelang versäumt hat, die eigentliche Schwachstelle beim Kampf gegen Schmuggel hochsteuerbarer und gefälschter Waren oder Rauschgift auf die politische Agenda zu setzen? Im Ergebnis werden bei der geplanten Personalverteilung die im Verhältnis personalstarken Kontrolleinheiten der Ostgrenze einem Personalaufwuchs der Kontrolleinheiten im Westen Rechnung tragen müssen. Für den BDZ ist diese Vorgehensweise der Ausdruck der jahrelangen Vernachlässigung des Personalaufwuchses bei den Kontrolleinheiten des Zolls“, teilte die Gewerkschaft am 28. Oktober 2022 mit.

Die Kontrolleinheiten des Zolls würden einen wesentlichen gesetzlichen Auftrag als Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur und der Einnahmeverwaltung des Bundes erfüllen. Diesen Herausforderungen stehe ein seit Jahren stagnierender und in Teilen alternder Personalkörper entgegen. Der bundesweite Personalbedarf für die Kontrolleinheiten Grenznaher Raum (KEG) sei derzeit auf etwa 1.100 Arbeitskräfte und für die Kontrolleinheiten Verkehrswege (KEV) auf ca. 1.400 Vollzugsbedienstete budgetiert. „Zur Neuberechnung des sogenannten risikoorientierten Einsatzes der verfügbaren Stellen der KEGen und KEVen greift man erneut in die Trickkiste von Risikoindikatoren und Einflussgrößen, um die in Eigenregie ermittelten Bedarfe der jeweiligen KEGen und KEVen neu zu sortieren“, kritisierte der BDZ.

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Inflationsprämie für die Beschäftigten der Sozialversicherung gefordert

Auch die Beschäftigten in der Sozialversicherung sind von den massiven Preissteigerungen in Deutschland betroffen. Die GdS hat eine Tarifinitiative bei den Arbeitgebern der Sozialversicherungsträger gestartet, um eine Inflationsprämie zur finanziellen Entlastung ihrer Mitglieder durchzusetzen.

„Wir haben entschieden, alle Tarifpartner der GdS schriftlich aufzufordern, Verhandlungen über die im Rahmen des Entlastungspaketes II vorgesehenen steuer- und abgabenfreien Einmalzahlungen aufzunehmen“, erklärte hierzu der GdS-Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner. „Unser Ziel ist es, den Kolleginnen und Kollegen in der Sozialversicherung durch eine Inflationsprämie zu helfen, damit sie die finanziellen Belastungen insbesondere der kommenden Monate stemmen können.“

Die Bundesregierung beabsichtigt, Zahlungen bis zu 3.000 Euro steuer- und sozialversicherungsfrei zu stellen. Dieses Geld soll ausschließlich dazu dienen, einen Teil der höheren Lebenshaltungskosten abzudecken. Für die Zahlungen bedarf es allerdings einer tariflichen Regelung als Rechtsgrundlage. „Nunmehr müssen die Arbeitgeber in der Sozialversicherung ihrer Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten gerecht werden“, forderte Wagner. Erste positive Reaktionen einzelner

Arbeitgeber, die Dialogbereitschaft signalisieren, liegen bereits vor.

Mit Blick auf die starke Inflation hat der GdS-Bundesvorstand darüber hinaus beschlossen, sämtliche zum 31. Dezember 2022 kündbaren

Tarifverträge fristgemäß zu kündigen. „Das ist nur folgerichtig, denn angesichts der Kostenexplosion vor allem für Haushaltsenergie kann die GdS in keinem Tarifbereich ernsthaft über eine Laufzeitverlängerung der Vergütungstarifverträge nachdenken“, so Wagner.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) **SWEG: Der Arbeitskampf wird härter**

Die GDL hat zum fünften Mal alle Lokomotivführer, Zugbegleiter, Werkstattmitarbeiter, Ausbilder, Mitarbeiter des SWEG-Kundencenters und Disponenten der SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs GmbH (SWEG) und der SWEG Bahn Stuttgart GmbH (SBS), die Mitglieder der GDL oder nicht organisiert sind, zu einem Streik ab 2. November 2022 aufgerufen.

„Die Arbeitgeber sind faktisch abgetaucht,“ so der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. „Das ist eines großen Unternehmens unwürdig.“ Die Geschäftsführung müsse endlich ihrer Verantwortung auch gegenüber den Fahrgästen und Arbeitnehmern nachkommen und auf den Verhandlungsweg zurückfinden. „Das ist die in derartigen Tarifkonflikten übliche, angemessene Vorgehensweise.“

Inwieweit die Geschäftsführer vom Eigentümer und vom Aufsichtsrat die Order erhalten haben, den Arbeitskampf „auszusitzen“, sei der GDL nicht bekannt. Allerdings gebe es Aussagen, die darauf hindeuten. „Wir wollen die GDL nicht in unserem Mutterkonzern“, äußerte sich etwa unmissverständlich der Aufsichtsratsvorsitzende der SWEG. Eine solche Aussage werfe deutliche Zweifel daran auf, ob man es hier tatsächlich mit verantwortlich handelnden Gremien zu tun habe. „Es ist nicht unsere Aufgabe, der Geschäftsführung oder dem Aufsichtsrat Vernunft beizubringen“, so Weselsky.

„Aber es ist schon verwunderlich, wie weit der Eigentümer diese Geschäftsführung von der Leine lässt.“

Die GDL werde keine tarifliche Ungleichbehandlung in den Unternehmen SWEG und SBS zulassen. „Das sollte dieser Arbeitgeber wissen“, so Weselsky. „Demnach ist letztlich nur die Frage entscheidend, wieviel Geld die SWEG in diesem Tarifkonflikt kalten Blutes verbrennt. Wir werden von unseren Forderungen nicht ablassen. Nur mit der GDL werden dauerhaft bessere Entgelt- und Arbeitsbedingungen garantiert und nur wir erreichen die Abschaffung des deutlich schlechteren Eisenbahn-Tarifvertrages bei der SWEG.“

Neu in diesem Tarifkonflikt ist, dass die GDL zwar den Beginn des fünften Streiks auf den 2. November 2022 um 3 Uhr festlegt, das Ende jedoch zunächst nicht bekanntgeben hat. Die GDL fordert den Abschluss eines Tarifvertrages auf dem Niveau ihres Flächentarifvertrages.

Namen und Nachrichten

Zum 30-jährigen Jubiläum im Jahr 2021 bat der **SBB** seine Mitglieder um Baum-Spenden, um gemeinsam einen „SBB Gewerkschaftswald“ in Sachsen wachsen zu lassen – mit Erfolg. Bisher wurden Gelder für 1.800 Bäume gespendet. Diese werden nun am 5. November 2022 in der Zeit von 9.00 bis 12.00 Uhr im Stadtwald in Eilenburg gepflanzt. Mehr als 30 Mitglieder aus SBB Gewerkschaften pflanzen insgesamt 900 Roteichen, 300 Vogelkirschen, 300 Esskastanien und 300 Bergahorn. „Für

uns ist das eine Herzensangelegenheit hier tatkräftig mit anzupacken und damit unser Sachsen ein bisschen grüner zu machen“, sagte die SBB Vorsitzende Nannette Seidler. „Unser gewerkschaftliches Ehrenamt prägen vor allem gemeinsame Werte. Wir wollen nicht nur unser Arbeitsumfeld besser machen, sondern Zukunft insgesamt. Unser SBB Gewerkschaftswald ist ein gutes Beispiel dafür, dass man gemeinsam einfach mehr erreichen kann.“

Mehr als 100 Beschäftigte von Radio Bremen und Bremedia haben am 28. Oktober 2022 die Arbeit niedergelegt. Die Gewerkschaft **VRFF** hatte dazu aufgerufen. Drei Stunden lang fielen mehrere Programme von Radio Bremen ganz oder teilweise aus. So konnten die Fernsehsendungen „buten un binnen um 6“, „buten un binnen“ und „Sportblitz“ nicht ausgestrahlt und teilweise auch nicht aufgezeichnet werden. Im Hörfunk legten Moderatoren bei „Bremen Eins“ und „Bremen Vier“ die Arbeit einige Zeit nieder. In den Hörfunknachrichten entfiel die Rundschau um 17 Uhr, in drei Hörfunkprogrammen wurden zusammengeschaltete kurze Nachrichten gesendet. Die Aufzeichnung der

Talkshow von „3nach9“ verzögerte sich bis in den späten Abend. Auch die Onlineangebote waren betroffen. Es war der erste Streik seit Jahren bei der Rundfunkanstalt. Die Beschäftigten fordern von den Arbeitgebenden ein seriöses Angebot, welches den Anstieg der Inflation in diesem und dem nächsten Jahr berücksichtigt. Bisher hat Radio Bremen nur ein Einmalzahlung angeboten – oder ein zu niedriges Angebot mit einer zu langen Laufzeit. „Besonders Beschäftigte mit kleinen Gehältern haben schon jetzt richtig zu knapsen, da muss ein besseres Angebot auch der Bremedia her“, so Peter Winne, Sprecher von VRFF.

Termine:

7. November 2022. online

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST digital

„Wann müssen Lebenszeitbeamte raus aus dem Dienst?“

Weitere Informationen unter www.dbb.de/dbbforumoeffentlicherdienst

27. - 30. November 2022, Berlin

dbb Gewerkschaftstag 2022

Weitere Informationen unter <https://www.dbb.de/gwt2022>.

9. Januar 2023, Köln

dbb Jahrestagung 2023

Weitere Informationen folgen.

24. Januar 2023,

1. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen folgen.

22. - 23. Februar 2023,

2. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen folgen.

28. - 30. März 2023,

2. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen folgen.